

Newsletter Mechthild Rawert **KOMPAKT.**

Ausgabe 5 / August 2009



kompetent. lebensnah. vor Ort.

Liebe Leserin,
lieber Leser,

ich bin begeistert: Der von Frank-Walter Steinmeier vorgelegte „Deutschland-Plan“ zur Ökologisierung unserer Wirtschaft ist ein atemberaubendes Projekt. Hier sind reale Chancen und Angebote, Arbeitsplätze zu schaffen und gleichzeitig unsere gesamte Wirtschaft darauf einzustellen, dem Klimaschutz zu dienen. Wir müssen uns alle dem Klimawandel energisch entgegenstellen. Für uns Berlinerinnen und Berliner ist der Deutschlandplan geradezu ideal: Er passt zu unserer Produktions- und Dienstleistungsstruktur. Wir werden davon profitieren! Und außerdem: Abgelegt wird ein glasklares Bekenntnis zur Geschlechtergerechtigkeit, was mich als Frauen- und Gleichstellungspolitikern sehr freut.

Widmen Sie ein wenig Ihrer Zeit unserer gemeinsamen Zukunft und lernen Sie das Konzept „Die Arbeit von morgen - Politik für das nächste Jahrzehnt“ für eine erstarkende Wirtschaft mit „grünen“ Technologien und mehr Arbeitsplätze kennen: www.spd.de.

Ulla Schmidt gehört dem Kompetenzteam nun auch offiziell an. Das ist mir eine besondere Freude. Gewisse Medien könnten sich auch einmal entschuldigen: bei den Bürgerinnen und Bürgern, die von ihnen ins Bockshorn getrieben wurden. Hochemotional und paparazzihaft wurde vorschnell ein Stab über eine Politikerin gebrochen, die vielen Lobbyisten aufgrund ihrer Fähigkeit, im gesundheitspolitischen Haifischbecken nicht nur zu überleben sondern im Interesse der Versicherten und PatientInnen auch politisch zu agieren, ein Stachel im Auge ist. Es hat nicht geklappt - gut so!

Das Feuer der Sozialdemokratie brennt. Wir wollen Zukunft gestalten. Ich danke allen Genossinnen und Genossen, die an diesem Wochenende die Wahlplakate aufgehangen haben. Auch mein Konterfei hängt: authentisch, mit Frohsinn und Fältchen, auf jeden Fall mit Tatkraft. Glück auf.

Ihre Bundestagsabgeordnete

Mechthild Rawert

Treffen Sie mich im Wahlkreis - eine Auswahl.

- 13.8.2009, 17:30 Uhr Informationsbesuch beim Nachbarschaftsheim Schöneberg zusammen mit dem AK Gesundheit und Soziales, Cherusker Str. 28/29, Schöneberg
- 14.08.2009, 19 Uhr, 95. „Friedenauer Gespräche“: Verbraucherrechte stärken, mit Mechthild Rawert, Restaurant Garuda, Schmargendorfer Str. 35
- 15.08.2009, 11 Uhr, Mechthild Rawert auf dem „Roten Sofa“, Goltzstraße in Lichtenrade vor „Reichelt“, Lichtenrade
- 22.08.2009, 11 Uhr, Schirmfrauschaft Fußballturnier „Friedenau kickt“, Sportplatz des Friedenauer TSC, Wiesbadener Str., Schöneberg
- 27.8.2009, 16 Uhr Teilnahme am Presseclub im Seniorenwohnheim „Rosenhof“, Kruckenbergstraße 1, Mariendorf
- 28.8.2009, 15-17 Uhr, Kiezspaziergang mit Barbara Müller, Neu Tempelhof, Zwischen Kochlöffel und Steuerknüppel, Treffpunkt: Eingangshalle S-Bahnhof Tempelhof
- 29.08.2009, 10 Uhr, Mechthild Rawert am Infostand der 6. Abteilung, Winterfeldtstraße/ Ecke Maaßenstraße, Schöneberg
- 30.08.2009, 16 Uhr, Friedenauer Spaziergang mit Gudrun Blankenburg Thema: Ceciliegärten: Gartendenkmal und Wohndiyl, Treffpunkt: Ceciliegärten 27/Ecke Semperstraße (Torbogen) in Friedenau, Schöneberg
- 31.08.2009, 17 Uhr, Die mündige Patientin - das Patientenrechtegesetz, Gründersaal des Vivantes Auguste-Viktoria-Klinikums, Rubensstraße 125, Schöneberg

INHALT.

■ Bundestagswahl.

Deutschlandplan: Vollbeschäftigung ist möglich und eine gerechtere Einkommensverteilung nötig	2
Der Sommer wird rot	3

■ Aktuell.

„Alle Menschen sind gleich viel wert“	4
Jetzt bewerben: Preis für jugendpolitisches Engagement	4
Voller Ideen auf dem Rückweg nach Bulgarien	5
Rawert gegen Optionszwang für Kinder unseres Landes	5
Keine Zusatzbeiträge wegen Schweinegrippe-Impfungen	6
Rawert: Gesundheitswesen muss öffentlich und demokratisch bleiben	6
Starkmachen für ein Rheuma-Therapiezentrum in Berlin	6
Stopp der Diskriminierung von Roma und Sinti	7
Appell für eine atomwaffenfreie Welt	7

DEUTSCHLANDPLAN

■ **Mechthild Rawert: Vollbeschäftigung ist möglich und eine gerechtere Einkommensverteilung nötig**

„Nur wer den Mut zum Träumen hat, hat auch die Kraft zum Handeln. Wer keine Visionen hat, wer nicht über den Tellerand des Augenblicks schaut, kann keine handlungsfähigen Konzepte für die Zukunft unserer Gesellschaft vorlegen. Frank-Walter Steinmeier hat den Mut und die Kraft, die Vision, im kommenden Jahrzehnt bis zu vier Millionen neue Arbeitsplätze zu schaffen, auch Realität werden zu lassen. Meine Bitte ist: Machen wir alle mit!“, erklärt Mechthild Rawert anlässlich der Vorstellung des Deutschlandsplans der SPD mit dem Titel „Die Arbeit von morgen - Politik für das nächste Jahrzehnt“ am 3. August. Lesen Sie nachfolgend die Gedanken der Bundestagsabgeordneten zum Deutschlandplan:

Mit dem Deutschlandplan werden wir unsere Gesellschaft gerechter ausgestalten. Ausdrücklich wird darauf verwiesen, dass die Gleichstellung von Frauen und Männern integraler Bestandteil jedweder Änderung sein muss - was mir als Frauen- und Gleichstellungspolitikern besonders am Herzen liegt.

Laut infratest dimap halten drei Viertel der Bevölkerung den Deutschlandplan von Frank-Walter Steinmeier für einen wichtigen Diskussionsanstoß. In ihm sind sozialdemokratische Ziele deutlich zu erkennen: Der Deutschlandplan zeigt Wege auf, was in Deutschland geschehen muss, um die Krise nachhaltig zu überwinden und neue Arbeitsplätze zu schaffen.

Bestehende Arbeitsplätze retten

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben in den vergangenen Monaten mit unseren Vorschlägen und Handlungen dafür gesorgt, dass Deutschland besser durch die Krise kommt als viele andere Länder - ich denke an den Mindestlohn für über 3,3 Millionen Menschen, denke an das Kurzarbeitergeld, welches jetzt schon Millionen von Beschäftigten vor der Entlassung geschützt hat, denke an die Beschäftigungsbrücken und Ausbildungsöffensiven für Jugendliche, denke an die FacharbeiterInnenoffensive, denke an das Trockenlegen von Steueroasen und auch an die strengeren Regeln für die Banken und die Manager. Gerade Berlin hat von diesen Instrumenten positiv profitiert. Aber wir wissen auch: Der Kampf für bestehende Arbeitsplätze ist wichtig. Noch wichtiger ist, dass neue Arbeit entsteht.

Ja, die nächsten Jahre werden schwierig - für die Unternehmen, aber auch für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Wer anderes behauptet oder einfache Konzepte vorlegt, lügt oder beschönigt. Wem angesichts der Situation nur Steuersenkungen einfallen, hat nicht begriffen, was die Stunde geschlagen hat.

Neue Arbeitsplätze schaffen

Wir sind davon überzeugt: Unser Land hat die Chance, die Folgen der Krise schneller zu überwinden und mittelfristig sogar Kurs auf Vollbeschäftigung zu nehmen. Mit einer guten Politik können in den nächsten zehn Jahren vier Millionen neue Arbeitsplätze entstehen. Zwei Millionen in der industriellen Produktion und produktionsnahen Dienstleistungen, zwei Millionen im „klassischen“ Dienstleistungssektor, davon die Hälfte in der Gesundheitswirtschaft, ein Viertel in der Kreativ-

wirtschaft. Berlin profitiert hiervon. Dafür müssen wir aber das Richtige tun.

„Ausrüster der Welt“ für Umwelttechnologien

Wir setzen auf die Erneuerung unserer traditionellen Industrien. Wir wollen die traditionelle Produktion mit umwelt- und ressourcenschonenden Technologien verknüpfen. Hier liegt der wichtigste Beschäftigungsmotor. Wir wollen und müssen exportorientiert wettbewerbsfähig bleiben. Deutschland soll daher



Mechthild Rawert und Frank-Walter Steinmeier auf dem Landesparteitag der Berliner SPD im Mai 2009

zum Ausrüster der Welt mit neuen Technologien für mehr Energie- und Rohstoffeffizienz werden. Unser Ziel ist es, Deutschland mit einem starken Mittelstand zum Silicon Valley nachhaltiger Industrie-Produktion zu machen.

Die Gesundheits- und Kreativwirtschaft stärken

Schon jetzt arbeitet fast jede/r sechste Beschäftigte in der Gesundheitswirtschaft. Angesichts unserer Gesellschaft des längeren Lebens steigt hier der Bedarf um schätzungsweise eine Million neue und zusätzliche Arbeitsplätze: in der direkten Gesundheitsversorgung, in der Pflege, aber auch in der Medizintechnik, in Biotech-Unternehmen oder in Betrieben, die IT-Lösungen für den Gesundheitsbereich liefern. Das Gesundheitswesen ist und bleibt personalintensiv. Es ist mehr als nur ein Kostenproblem, es ist eine Chance für qualitatives Wachstum und Beschäftigung. Mit der Bürgerversicherung sollen sich alle Bürgerinnen und Bürger entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit zu gleichen Bedingungen an der Finanzierung des Gesundheitswesens beteiligen. Wir wollen die Gesundheitsberufe attraktiver gestalten, d.h. mit besseren Arbeitsbedingungen und vor allem mit einer höheren Entlohnung.

Der Anteil der Kreativ- und Kulturwirtschaft ist in Berlin schon vergleichsweise hoch. Nichts desto trotz liegen auch in der Musik, beim Film, Fernsehen und bei den Bühnen, in der Architektur und im Design, im Kulturtourismus etc. noch weitere Beschäftigungspotenziale.

Lesen Sie weiter auf Seite 3

Binnenwirtschaft stärken

Um unsere Binnenkonjunktur zu stärken, brauchen wir einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn. Mit zusätzlichen gezielten öffentlichen Investitionen unterstützen wir die wirtschaftspolitische Neuorientierung, wie wir es mit dem Energetischen Gebäudesanierungsprogramm aus dem „Kommunalen Investitionsprogramm“ schon heute tun. Der notwendige Ausbau der Energie-, Verkehrs- und Kommunikationsnetze schafft Wachstum und zusätzliche Arbeitsplätze. Zu den „Lebensadern der Volkswirtschaft“ gehört auch ein schnelles Breitbandnetz für alle, gehören flächendeckende Telematiksysteme zur Verkehrs-entlastung, gehört ein „intelligentes Energienetz“, welches den Ausbau der Erneuerbaren Energien flankiert.

Gute Bildung für alle

Die Ressourcen Deutschlands liegen in den Köpfen der Bürgerinnen und Bürger. Das heißt für uns: Kein Talent darf zurückgelassen werden, jedes Talent muss sich einsetzen. Bildung ist ein Menschenrecht - Bildung ist aber zumeist auch der Schlüssel für wirtschaftlichen Erfolg. Für uns gilt: Keine Gebühren von der Kita bis zur Hochschule. LehrerInnen- und ErzieherInnen-Berufe sollen aufgewertet werden. Kein/e Jugendliche/r soll ohne Abschluss die Schule verlassen, 50 Prozent eines Jahrgangs sollen das (Fach-)Abitur erreichen. Mehr Kinder mit Migrationsbiographien sollen an weiterführenden Schulen lernen. Das alles kostet Geld. Die SPD wird einen Bildungssoli auf sehr hohe Einkommen einführen.

Geschlechtergerechtigkeit stärken

In vielen Arbeitsfeldern sind die Arbeitsbedingungen für die Frauen einfach nicht fair: Es gibt eine Lohnlücke von bis zu 23 Prozent. Viele Frauen arbeiten ungewollt in Teilzeit, weil die Be-

dingungen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie (Kinder / Pflege) noch nicht zufriedenstellend sind. Das Ehegattensplitting fördert nach wie vor noch die Einverdienerehe. Wir werden ein einklagbares Recht auf gleichen Lohn für gleiche Arbeit schaffen und das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz so ausweiten, dass es auch für die Privatwirtschaft gilt. Lohndiskriminierungen sind kein Kavaliersdelikt zu Lasten der Frauen. Wir werden ein Gleichstellungsgesetz vorlegen, welche vorschreibt, dass mindestens 40 Prozent Frauen in den Aufsichtsräten sein müssen. Wir werden insbesondere die Situation von Alleinerziehenden verbessern.

Deutschland braucht neue Finanzmarktregeln

Wir wollen einen Neustart der sozialen Marktwirtschaft. Im Mittelpunkt des Wirtschaftslebens muss wieder der langfristige, nachhaltige Erfolg stehen. Wir werden dafür sorgen, dass die auf Druck der SPD eingeführten neuen Regeln für die internationalen Finanzmärkte nicht zurückgeschraubt werden. Wir werden die Börsenumsatzsteuer wieder einführen und effektive Kontrollen bei Finanzprodukten schärfen. Im Interesse der VerbraucherInnen wollen wir einen Finanz-TÜV. Steuerhinterziehung und Steuerbetrug mit Hilfe ausländischer Steueroasen werden effektiv bekämpft. Für uns gilt: Wer Steuern hinterzieht, der schadet dem Gemeinwesen.

Wir brechen auf - machen Sie mit

„Ich will kein Weiter-So. Ich will einen Aufbruch zum Besseren. Seien wir nicht kleinmütig! Setzen wir uns ehrgeizige Ziele! Trauen wir uns gemeinsam etwas zu, nur so kann Großes entstehen“, so das Credo von SPD-Kanzlerkandidat Frank-Walter Steinmeier. Dieses Selbst-Vertrauen, dieser Aufbruch überzeugt mich. Ich mache mit!

■ Ich bin für Tempelhof-Schöneberg aktiv!

Auftakt der traditionellen „WiTo-Tempelberg“, meiner **Wirtschaftstour** durch Tempelhof-Schöneberg, war ein Gespräch mit Jürgen Kulartz, Vorstandsmitglied der Berliner Landesbank. „Wie wird die Kreditklemme vor allem im Mittelstand bekämpft?“ war die Kernfrage. Für Kulartz ist die geringe Eigenkapitalhöhe

der Unternehmen von ca. zehn Prozent in Berlin das größte Problem. Die Krise beschleunige nun Unternehmensentwicklungen. Nichtsdestotrotz: „Ich werde dem Vorwurf aus der Wirtschaft nachgehen, die Banken sanieren sich dank staatlicher Unterstützung und reichen das Geld nicht weiter. Das darf nicht sein“, so Mechthild Rawert. ■

WAHLKAMPF**■ Der Sommer wird rot**

„Mir hat die Tour mit Euch viel Spaß gemacht. Die Bürgerinnen und Bürger freuen sich, so viele Rote auf einen Haufen zu sehen. Mit diesem Elan arbeiten wir nun durch bis zum 27. September“ - mit diesen Worten bedankte sich Mechthild Rawert, Bundestagsabgeordnete für Tempelhof-Schöneberg, bei den Jungen Teams der Berliner SPD nach der Verteilaktion im Rudolf-Wilde-Park und im Lassen-Park für deren Engagement und Enthusiasmus.

Die meisten ParkbesucherInnen haben sehr positiv auf die Frage „Darf ich Ihnen meinen Flyer zur Bundestagswahl überreichen“ reagiert, nahmen ihn und stellten umgehend Vergleiche zwischen dem Bild und dem Original Mechthild Rawert an. Dann kam überwie-



Unter Sommerfrischlern: Mechthild Rawert beim Wahlkampf im Rudolf-Wilde-Park

gend „Ach, Sie sind´s wirklich selbst, aber ja doch, ich gehe wählen“ - und schon war das Eis gebrochen. „Mir ist immer wichtig, dort hin zu gehen, wo die Menschen sind - dann klappt es auch mit den Bürgerinnen und Bürgern“ verdeutlichte Rawert ihren eigenen Politikansatz.

Seit dem 07. August ist Berlin außerdem mit den Themen- und Personen-Plakaten der Parteien geschmückt, so in Tempelhof-Schöneberg mit dem Konterfei von Mechthild Rawert. „Den

Genossinnen und Genossen sei herzlich gedankt für diese Arbeit. Wir alle tun es, weil wir wollen, dass unsere Gesellschaft eine Regierung erhält, die sozial und demokratisch ist“, so Rawert. ■

LESBEN UND SCHWULE

■ **„Alle Menschen sind gleich viel wert“**

„Alle Diskriminierungen müssen abgeschafft werden – für grundgesetzliche Änderungen bedarf es allerdings der Mehrheit im Parlament“ - so das Fazit der von der SPD-Bundestagsabgeordneten für Tempelhof-Schöneberg Mechthild Rawert initiierten Veranstaltung „Für sozialen Zusammenhalt in unserer Gesellschaft - Mehr Rechte für gleichgeschlechtliche LebenspartnerInnen“ am 3. August beim Lesben- und Schwulenverband Berlin Brandenburg e.V. (LSVD). Teilgenommen hatten auch der SPD-



Mechthild Rawert, Franz Müntefering und Bodo Mende bei der Diskussionsveranstaltung Foto: Thomas Protz

Parteivorsitzende Franz Müntefering, Angelika Schöttler, Stadträtin für Familie, Jugend, Sport und Quartiersmanagement, sowie Hermann Zeller, Vorsitzender der AG Lesben und Schwule in der SPD Tempelhof-Schöneberg und VertreterInnen der Queer-Community.

In einer Gedenkminute wurde der Ermordeten und Verletzten des Anschlags auf das Jugendzentrum „Café Noir“ in Tel Aviv, welches vor allem von lesbischen und schwulen Jugendlichen gerne besucht wird, gedacht. Viele trugen sich in das von Mechthild Rawert erstellte Kondolenzschreiben an den israelischen Botschafter ein.

In den vergangenen Jahren konnte - auch dank sozialdemokratischer Politik - viel erreicht werden z.B. bei der Gleichstellung der Eingetragenen Lebenspartnerschaften, beim Erbschaftsrecht oder beim Transsexuellengesetz. Nichts desto trotz bleibt vieles zu tun, besteht dringender gesetzlicher Handlungsauftrag u.a. bei der Aufnahme der sexuellen Identität in den Gleichheitsartikel des Grundgesetzes, bei der Gleichstellung von Regenbogenfamilien, so die Botschaft der ImpulsgeberInnen der sehr gut besuchten Diskussionsveranstaltung. Gleichstellungspolitische Impulse an die Politik gaben Günter Dworek, Sprecher des LSVD in Deutschland, Sabrina Laufer, Lesbenberatung Berlin e.V., Lars Bergmann, Jugendnetzwerk Lambda Berlin-Brandenburg e.V., Tülin Duman, GLADT e.V., Bodo Mende, LSVD Berlin-Brandenburg e.V., Bali Saygili, MILES - Zentrum für MigrantInnen, Lesben und Schwule.

Sowohl Franz Müntefering als auch Mechthild Rawert sicherten zu, sich weiterhin aktiv für die Gleichstellung von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transgendern und Transsexuellen auf parla-

mentarischer Ebene einzusetzen. Das Thema Gleichstellung ist bei der SPD in guten Händen.

Franz Müntefering verwies darauf, dass Gesetze wegweisend sind, diese jedoch von unserer Gesellschaft aktiv aufgenommen und gelebt werden müssten. Niemand in Deutschland dürfe Angst vor Diskriminierung haben: „Diskriminierungen jeder Art müssen ausgeschlossen werden.“ Alle Menschen seien ungleich, weil sie verschieden seien, aber alle seien gleich viel wert. Jede und jeder gehöre in seiner Eigenart dazu, so Franz Müntefering. Die SPD habe das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz durchgesetzt und in ihrem Regierungsprogramm 2009-2013 die Gleichstellung eingetragener Lebenspartnerschaften mit der Ehe fest geschrieben. Dazu gehöre auch die Gleichstellung von Regenbogenfamilien. Dies durchzusetzen hat sich auch die Tempelhof-Schöneberger Bundestagsabgeordnete Mechthild Rawert auf die Fahnen geschrieben.

Jörg Steinert, Bundesjugendbeauftragter des LSVD, zeigte sich sehr zufrieden, verwies aber ebenfalls auf die Notwendigkeit, das Grundgesetz um das Diskriminierungsmerkmal „sexuelle Identität“ zu erweitern. Auf der Bundesebene seien Maßnahmen gegen Homophobie und Gewalt gegen Homosexuelle in den „Nationalen Aktionsplan“ aufzunehmen. Bekannt seien allerdings auch die Vorbehalte der CDU/CSU gegen die Gleichstellungspolitik für Homosexuelle.

Demo „Smash homophobia“

„Wir trauern. Wir zeigen Solidarität. Wir fordern: Homophobie ist weltweit zu ächten. Hassgewalt muss gestoppt werden“, forderte Mechthild Rawert zusammen mit vielen Demonstrierenden am 4. August am Breitscheidplatz anlässlich des Anschlags auf das LesBiSchwules Jugendzentrum in Tel Aviv



Mit Regenbogenfahnen gegen Hassgewalt: Demo am 4.8. am Breitscheidplatz Foto: Jürgen Jänen

am vergangenen Wochenende. Auch in Berlin müsse Übergriffen und Hassgewalt energisch entgegengetreten werden, fordert die Bundestagsabgeordnete. ■

JUGEND

■ **Jetzt bewerben – Preis für jugendpolitisches Engagement**

Bis zum 15. August können sich alle Verbände, die im Jugendbereich tätig sind oder das Engagement junger Menschen fördern, online für den diesjährigen Heinz-Westphal-Preis bewerben. Informationen zur Teilnahme finden sich unter www.heinz-westphal-preis.de.

Gesucht werden kreative Projekte und Aktionen, die das ehrenamtliche Engagement junger Menschen ermöglichen, stärken oder Jugendliche zu freiwilliger Arbeit motivieren. Dies können sportliche Integrationsprojekte ebenso sein wie Initiativen, bei denen sich junge Menschen um Ältere bemühen. Einzige Ausnahme: Einzelpersonen können nicht teilnehmen. Die drei

Gewinner des Heinz-Westphal-Preises 2009 werden Anfang Dezember mit einem Preisgeld in Höhe von insgesamt 15.000 Euro geehrt.

Heinz Westphal war nicht nur ein herausragender Jugendpolitiker, sondern auch bis 1990 Mitglied der SPD-Bundestagsfraktion und Vize-Präsident des Deutschen Bundestags.

Der Preis unterstützt ehrenamtliche Jugendleiterinnen sowie Jugendleiter und wird finanziell gefördert vom Deutschen Bundesjugendring und dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. ■

BUNDESTAGSBÜRO

■ Voller Ideen auf dem Rückweg nach Bulgarien

Mit dem Internationalen Parlaments-Stipendium (IPS) erhalten jedes Jahr qualifizierte und politisch interessierte junge Menschen aus 28 Ländern die Gelegenheit, politische Entscheidungsprozesse kennen zu lernen und praktische Erfahrungen in der parlamentarischen Arbeit zu sammeln. Mechthild Rawert, Bundestagsabgeordnete für Tempelhof-Schöneberg, beteiligte sich zum dritten Mal am IPS-Programm. Für fünf Monate gehörte die bulgarische Stipendiatin Blagovesta Chonkova zum Team. Ihre Erlebnisse und Eindrücke fasste die 25-Jährige so zusammen:

Der 24. Juli 2009 war mein letzter Tag als Praktikantin im Bundestagsbüro von Mechthild Rawert. In den fünf Monaten meines Praktikums habe ich so viel erlebt – die Verantwortung im Deutschen Bundestag zu arbeiten, die Neugier und Lust jede Veranstaltung zu besuchen und möglichst viel zu lernen, die Aufregung bei Begegnungen mit prominenten deutschen und ausländischen PolitikerInnen.

Seit dem Jahr 1986 bietet der Deutsche Bundestag engagierten jungen Leuten die Möglichkeit, politische Entscheidungsprozesse in Deutschland kennen zu lernen und praktische Erfahrungen im Bereich der parlamentarischen Arbeit zu sammeln. Das Programm ist eine langfristige Investition in die Stärkung demokratischer Werte wie Toleranz sowie in kulturelle Vielfalt und das friedliche Zusammenleben in Europa.

Das war das Erste, was ich vor eineinhalb Jahren auf der Bundestagswebseite über IPS gelesen habe. Jetzt am Ende des Programms klingt das für mich viel sinnvoller und persönlicher.

Ich hatte das Glück im Büro von Mechthild Rawert arbeiten zu dürfen. Während meines Praktikums konnte ich die Arbeitsprozesse beobachten und auch mitarbeiten. Ich habe Recherchen zu vielfältigen Themen gemacht,

Berichte geschrieben und bei der Durchführung von Bundespresseamtsfahrten mitgemacht. Zudem konnte ich Ausschusstreffen sowie Plenarsitzungen im Bundestag besuchen und direkt von den Entscheidungsorganen über die Gesetzgebung in Deutschland lernen. Mit Frau Rawert durfte ich auch verschiedene Veranstaltungen und Treffen besuchen, was mir ein präziseres Bild über die Arbeit einer Abgeordneten gegeben hat.

Nach fünf Monaten Arbeit im Bundestag fahre ich mit vielen neuen Kenntnissen über das politische System in Deutschland zurück. Am wertvollsten für mich war aber, die offene Kommunikation zwischen Frau Rawert und den BürgerInnen zu beobachten. Der nahe Kontakt der Abgeordneten und der Institutionen insgesamt mit den BürgerInnen schafft Vertrauen und Engagement in der Gesellschaft. Durch diesen Kontakt wird das Wort Demokratie sinnvoll und verständlich für jeden einzelnen. Das ist etwas, was wir in Bulgarien immer mehr brauchen. Mit mehr Hoffnungen, Ideen und Enthusiasmus bin ich heute auf dem Weg nach Hause. ■



Mit Enthusiasmus und vielen neuen Ideen im Gepäck: Blagovesta Chonkova

RECHT AUF TEILHABE

■ Rawert gegen Optionszwang für Kinder unseres Landes

Zehntausende junger Frauen und Männer zwischen 18 und 23 Jahren fallen in den kommenden Jahren unter den Optionszwang des deutschen Staatsangehörigkeitsrechtes. „Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten bekennen uns in unserem Regierungsprogramm auch zur doppelten Staatsbürgerschaft“, begründet Mechthild Rawert, Mitglied der AG Integration der SPD-Bundestagsfraktion, ihre Zustimmung zum Antrag von Bündnis90/Die Grünen zur Streichung des Optionszwangs im Staatsbürgerschaftsrecht in der letzten Sitzungswoche und zur Unterstützung des Aufrufs „Sie gehören zu uns! Wider den Optionszwang für Kinder unseres Landes!“

Deutschland ist ein Einwanderungsland und braucht deshalb eine moderne Migrations- und Integrationspolitik. „Wir haben nur eine Zukunft - und die

ist unsere gemeinsame. Ich will ein andauerndes gesellschaftliches Willkommen für alle unsere Jugendlichen. Dass junge Menschen, die hier zu Schule gegangen sind, hier arbeiten, studieren und wählen, sich im Gegensatz zu Gleichaltrigen mit zwei Eltern mit deutschem Pass für oder gegen die deutsche Staatsangehörigkeit entscheiden müssen, ist für mich unerträglich. Ich will den Optionszwang abschaffen“ äußerte sich Rawert weiter.

Mehrstaatlichkeit ist kein Hindernis für Integration. Integration ist keine Frage des Passes, sondern des Einsatzes von Mitteln für Sprachförderung, der Erweiterung von Berufsausbildungsmöglichkeiten - wie vor kurzem beispielsweise mit der Reform des Zugangs zur Pflegeausbildung beschlossen - und der gesellschaftlichen Offenheit und Neugier auf allen Seiten. Nur so lässt sich Zukunft gewinnen. ■

■ Parlamentarisches Patenschaftsprogramm: Bewerbungsschluss 04.09.2009!



Ab sofort können sich Jugendliche aus Tempelhof-Schöneberg für das Parlamentarische Patenschaftsprogramm (PPP) 2010/2011 bewerben. Als StipendiatInnen des Programms leben sie für ein Jahr in Gastfamilien, besuchen Schulen, absolvieren Praktika in Betrieben. Sie sind junge BotschafterInnen für die politischen und kulturellen Werte Deutschlands. Im Rahmen des PPP werden vom Deutschen Bundestag Stipendien für SchülerInnen im Alter zwischen 15 und 17 Jahren bzw. für junge Berufstätige im Alter zwischen 16 und 22 Jahren für ein Austauschjahr in den USA vergeben.

Für die Bewerbung benötigen die Jugendlichen eine Bewerbungskarte, die bis spätestens 4. September 2009 bei der zuständigen Austauschorganisation eingegangen sein muss (Datum des Poststempels ist unerheblich). Umfassende Informationen und Bewerbungskarten für Schüler/innen und Bewerbungskarten für junge Berufstätige und Auszubildende stellt der Deutsche Bundestag im Internet unter www.bundestag.de/ppp zur Verfügung. ■

GESUNDHEIT

■ **Keine Zusatzbeiträge wegen Schweinegrippe-Impfungen**

Auf strikte Ablehnung der Politik sind die Forderungen der Krankenkassen nach Einführung von Zusatzbeiträgen wegen der anstehenden Impfungen gegen die Schweinegrippe gestoßen. Die Gesundheitspolitikerin Mechthild Rawert fordert die Verantwortlichen zur Besonnenheit auf und warnt vor Panikmache in der Bevölkerung.

„Die Krankenkassen haben einen Überschuss - den sollten sie jetzt für die Finanzierung der Impfungen gegen Schweinegrippe verwenden, anstatt über Beitragserhöhungen der Gesetzlichen Krankenversicherung oder gar die Erhebung von Zusatzbeiträgen zu reden“, sagte Mechthild Rawert, SPD-Gesundheitsexpertin aus Tempelhof-Schöneberg, in einem Interview gegenüber bild.de.

Die Krankenkassen haben derzeit ein finanzielles Polster von über einer Milliarde Euro - das ist sehr erfreulich. Diese Reserve muss jetzt aber eingesetzt werden, um den Schutz der Bürgerinnen und Bürger sicherzustellen. Es gibt wegen der Planungen zur Schweinegrippeimpfung keinen Grund, über Mehrbelastungen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, der Rentnerinnen und Rentner zu spekulieren. Die Impfungen fallen, als

prophylaktische Maßnahmen, in den Leistungsbereich der Kassen. Die Klagen der Krankenkassen über ihre Finanzlage sind nicht neu. Fakt bleibt aber, dass die gesetzlichen Krankenkassen seit dem Jahr 2003 über acht Milliarden Euro Schulden abgebaut und im vergangenen Jahr 1,4 Milliarden Euro an Mehreinnahmen erwirtschaftet haben.

Das Bundesgesundheitsministerium wird in Kürze eine Verordnung zur Kostenübernahmeverpflichtung der Krankenkassen in Kraft setzen. Dann werden im Rahmen der Gesundheitsvorsorge gegen die Schweinegrippe besonders gefährdete Berufsgruppen wie Krankenschwestern, Ärzte, Feuerwehrlaute oder Polizisten sowie chronisch Kranke und Schwangere als Erste gegen den Grippevirus H1N1 geimpft werden. Dies folgt auch aus den Empfehlungen der Weltgesundheitsorganisation (WHO). Weitere Impfungen werden dann, je nach Bedarf, stufenweise erfolgen. Jede und jeder, der/die eine Schutzimpfung haben möchte, wird diese auch bekommen; dies ist durch Verträge mit Herstellerfirmen sichergestellt.

In Berlin sind bisher rund 240 Fälle der Schweinegrippe gemeldet worden, Todesfälle aufgrund dieser Erkrankung sind zum Glück nicht zu beklagen. ■

■ **Rawert: Gesundheitswesen muss öffentlich und demokratisch bleiben**

„Auch aus gesundheitspolitischen Erwägungen heraus ist es gut, wenn die FDP auf der Oppositionsbank bleibt“, erklärte Mechthild Rawert, Mitglied im Gesundheitsausschuss des Bundestags, anlässlich der Veröffentlichung der 5. Delphi-Studie „Perspektive 2020 - Gesundheit als Chance“ am 3. August. Die Vorstellungen der FDP über unser Gesundheitssystem führten zu einer Entsolidarisierung, so Rawert.



Gesundheitssystem muss solidarisch bleiben: Mechthild Rawert bei der Pressekonferenz zur Delphi-Studie

Die Liberalen wollen die Gesundheitsrisiken zunehmend auf die privaten Haushalte abwälzen. Vor allem den Forderungen der FDP, die Gesetzliche Krankenversicherung abzuschaffen, erteilte Rawert eine klare Absage. Das sei der gleiche unsolidarische Denkansatz, mit dem CDU/CSU die Einführung eines dringend

gebotenen Präventionsgesetzes verhindert haben.

„Die einen erhalten eine Grundversorgung und die anderen über unüberschaubar viele privat zu zahlende Zusatz- und Wahltarife eine medizinische Versorgung, welche auch wissenschaftlichen Innovationen einbezieht“, erläuterte Rawert. Keinesfalls dürfe das Gesundheitswesens weiter pri-

vatisiert werden. Statt dessen steht Rawert für eine solidarische Ausgestaltung des Gesundheitswesens. Jeder Mensch solle am medizinisch wissenschaftlichen Fortschritt teilhaben können - mit gleichen Gesundheitschancen für alle und einer gemeinschaftlichen Absicherung des Lebensrisikos Krankheit.

Die Krankenkassen will die Bundestagsabgeordnete zu gestalterischen Akteuren aufgewertet wissen. Die solidarische und soziale Krankenversicherung müsse - orientiert an den Bedürfnissen der PatientInnen - die Gesundheitslandschaft gestalten und als Vermittlerin zwischen ihren Versicherten und den Leistungsanbietern wirken.

Nötig seien zudem der Aufbau neuer Gesundheitsschwerpunkte in Geriatrie, Gerontologie und Palliativmedizin, Stärkung der Prävention und die Einführung der solidarischen Bürgerversicherung.

Für die Studie hatte das Institut für Gesundheits- und Sozialforschung (IGES) drei Szenarien zur Gesundheitsversorgung im Jahr 2020 erstellt und zu diesen Szenarien PatientInnen, ÄrztInnen und Krankenkassen im Internet befragt. Für Mechthild Rawert war allerdings keines der in der Studie vorgestellten Modelle restlos überzeugend. Gleichwohl sei der Vorschlag eines Gemeinschaftstarifes in der Gesetzlichen Krankenversicherung plus steuerlich geförderten Individualtarifen auf Machbarkeit zu diskutieren. ■

■ **Starkmachen für ein Rheuma-Therapiezentrum in Berlin**

„Rheuma kann jeden Menschen - ob jung ob alt, Frau oder Mann - zu jeder Zeit treffen. Für die rund 150.000 schwerbetroffenen Rheumaerkrankten in Berlin brauchen wir mehr spezialisierte RheumatologInnen. Die Kassenärztliche Vereinigung muss sich hier unbedingt bewegen“, forderte Mechthild Rawert nach einem Gespräch am 29. Juli mit dem Präsidenten der Deutschen Rheuma-Liga Berlin e.V., Dr. Helmut Sörensen. Sörensen übergab Rawert den neuen Aktionsplan Rheuma der Deutschen Rheuma-Liga Berlin e.V.

Rheuma ist eine Autoimmunsystem-Erkrankung mit über 100 Krankheitsbildern. Etwa 11 Millionen Menschen sind in der Bundesrepublik betroffen, davon zwei Drittel Frauen. So genannte „Biologica“ stehen heute für eine Behandlung zur Verfügung und sind nach Aussagen von Sörensen sehr wirksam. Die Betroffenen durchleben jedoch häufig eine jahrelange Odyssee bei verschiedenen ÄrztInnen, bevor die richtige Diagnose gestellt wird. Einen großen Fortschritt zur institutionalisierten Früherkennung und -behandlung konnte durch die bundesweit einzigartige „Rheuma-Vereinba-

rung“ zwischen der AOK Berlin und der Kassenärztlichen Vereinigung Berlin erreicht werden. Mit der Früherkennung und der sofortigen Therapie kann die Lebensqualität vieler Menschen gesteigert werden.

„Auch in der kommenden Legislaturperiode werde ich die Belange von Rheumaerkrankten unterstützen“, versprach Rawert. Bereits seit Längerem pflegt sie den Kontakt zur Rheuma-Liga Berlin. Die Situation von Rheumaerkrankten war auch Thema im Rahmen der Sommerfrühstücke „Auf ein Wort, Frau Rawert“ mit VertreterInnen aus dem Gesundheits- und Sozialbereich in Tempelhof-Schöneberg. „Wir alle verfolgen mit großem Engagement die Einrichtung eines Therapiezentrums in Berlin“, so Rawert. ■



Dr. Helmut Sörensen und Mechthild Rawert vor dem Wahlkreisbüro

MINDERHEITEN

■ Stopp der Diskriminierung von Roma und Sinti

Sinti und Roma haben in ihrer Geschichte zahlreiche Verfolgungen und Diskriminierungen bis hin zu Massenermordungen erlebt. In einem Grußwort anlässlich der Gedenkveranstaltung zum 65. Jahrestag der „Liquidierung des Zigeunerlagers“ in Auschwitz-Birkenau am 2. August dankte Mechthild Rawert dem Verband der Roma in Polen sowie dem Zentralrat Deutscher Sinti und Roma, dass sie gemeinsam für die Stärkung von Menschenrechten eintreten.

Am Abend des 2. August 1944 waren in Auschwitz-Birkenau 2997 Frauen, Kinder und Männer vergast worden. Die übrigen hatten schon vorher die Torturen des „Zigeunerlagers“ nicht überlebt.

Entweder sie schufteten sich zu Tode, starben infolge grauenvoller medizinischer Experimente, an Unterernährung oder Epidemien oder in den Gaskammern.

Auch nach 1945 erfuhren die Überlebenden keine Gerechtigkeit: Viele mussten noch Jahrzehnte nach der nationalsozialistischen Verfolgung leiden. Oftmals wurden ihnen Entschädigungen für das erfahrene Unrecht verwehrt. Sie erfuhren antiziganistische Vorurteile und eine Ausgrenzungspolitik, die weiterhin auf der NS-Rassenideologie beruhte. Erst 1985 erkannte der Deutsche Bundestag den Völkermord an den Roma und Sinti an. ■

AUSSEN- UND SICHERHEITSPOLITIK

■ Appell für eine atomwaffenfreie Welt

Um eine weltweite Ächtung von Atomwaffen zu erreichen, bedarf es einer konsequenten Abrüstungspolitik. Deshalb hat Mechthild Rawert, Bundestagsabgeordnete für Tempelhof-Schöneberg und Mitglied der katholischen Friedensbewegung „pax christi“ den „Kölner Appell für eine atomwaffenfreie Welt!“ unterschrieben. Die UnterzeichnerInnen fordern darin die Atom-mächte auf, ihre Waffenarsenale schnellstmöglich zu verringern.

„Abrüstung, Nichtverbreitung und Rüstungskontrolle sind zentrale Überlebensfragen von morgen. Unser Ziel bleibt eine Welt ohne Atom- und Massenvernichtungsprogramme“, benennt Rawert Kernpunkte aus dem SPD-Regierungsprogramm 2009 - 2013.

Für Rawert ist die Initiative des US-Präsidenten Obama für eine nuklearwaffenfreie Welt ein wichtiges Signal für die künftige Abrüstungspolitik. Angesichts der Gefahren der Weiterverbreitung von Atomwaffen und des Strebens von immer mehr Staaten nach „der Bombe“ müsse die Bedeutung von Nuklearwaffen insgesamt verringert werden. Rund um den Globus existieren schätzungsweise 25.000 Atomsprengköpfe, die allermeisten in den Händen der USA und Russlands. Dass beide Länder neu über die Reduzierung strategischer Nuk-

learwaffen verhandeln wollen, zeugt von Mut und Einsicht in das Notwendige.

Zynische Kommentare wie der der CDU-Abgeordneten Ulla Heinen, dass es sich dabei um eine schöne Vision handle, die sich nicht so schnell erreichen lasse, machen Rawert wütend. „Wenn man eine ausgestreckte Hand gereicht bekommt, während man am Abgrund hängt, muss man diese ergreifen“, so Rawert.

Auf Einladung des japanischen Botschafters Dr. Takahiro Shinyo nahm Rawert am „Konzert für Frieden“ in der japanischen Residenz am 5. August teil. Eindringlich wurde von Dr. Antje Vollmer, Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages a.D., und Egon Bahr, langjähriger exponierter Sicherheitspolitiker der SPD, auf die Notwendigkeit von Abrüstung verwiesen. „Wenn wir in naher Zukunft hier zu keiner Lösung kommen, dann gnade uns Gott“, beendete Bahr seine profunden Ausführungen.

„Die Schrecken von Hiroshima und Nagasaki, die über 200.000 Menschen das Leben gekostet haben, dürfen sich nie wiederholen. Jetzige und kommende Generationen sollen in einer atomwaffenfreien Welt aufwachsen können“, forderte Rawert. Vor 65 Jahren waren am 6. und am 9. August Atombomben auf die beiden japanischen Städte abgeworfen worden. ■

Wenn Sie sich gut und umfassend informiert fühlen durch den Newsletter **Mechthild Rawert KOMPAKT**: Ich freue mich, wenn Sie ihn an Bekannte, KollegInnen und FreundInnen weiter empfehlen. Interessierte können ihn direkt auf meiner Website unter **www.mechthild-rawert.de**

bestellen. Hier finden Sie auch weitere Informationen zu meiner Arbeit im Wahlkreis und im Deutschen Bundestag. Für Anregungen und Kritik sind mein Team und ich jederzeit dankbar! Nutzen Sie hierfür das Kontaktformular auf meiner Internetseite.

Besuchen Sie auch meine UnterstützerInnen-Website
www.mechthild-direkt.de

Zitat der Woche.

„Die Bildungsfrage ist eine Machtfrage. Die Freiheit, die mit der Bildung kommt, die Emanzipation – das müssen wir allen Kindern ermöglichen, egal aus welchem Elternhaus, ganz gleich aus welchem Stadtteil! Deshalb: Weg mit den sozialen Barrieren. Weg mit den Gebühren, vom Kindergarten bis zur Uni! Bildung ist Menschenrecht. Das ist unser sozialdemokratisches Prinzip.“

SPD-Kanzlerkandidat Frank-Walter Steinmeier am 3.8.2009 auf dem Metropolenkongress in Berlin



Meine nächste Sprechstunde findet statt am:

14. August 2009.

Bitte vereinbaren Sie einen Termin in meinem
Wahlkreisbüro

Friedrich-Wilhelm-Straße 86
12099 Berlin

Tel: 030/720 13 884
Fax: 030/720 13 994

Anfahrt mit öffentlichen Verkehrsmitteln:
U6, U-Bhf. Kaiserin-Augusta-Str.

Impressum.

Mechthild Rawert, MdB

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: 030/227 737 50
Fax: 030/227 762 50

V.i.S.d.P.: Mechthild Rawert

■ **www.mechthild-rawert.de**

Und jetzt auch auf Facebook!

www.facebook.com/mechthild.rawert

Fotonachweis:

Seite 2: Faviona/www.pixelio.de